

Nr. 18/129

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sondervermögensausschusses „Sonstiges Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Bremen“
2. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sondervermögensausschusses „Bremer Kapitaldienstfonds“
3. Einrichtung einer Stelle eines Opferschutzbeauftragten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. September 2011
(Drucksache 18/51)
4. Forschungstransfer und Steuergeld für saudische Panzer und ‚targeted killings‘?
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 3. November 2011
(Drucksache 18/100)
5. Ökologische Erneuerung der Stromerzeugung in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. November 2011
(Drucksache 18/123)
6. 5. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“
Mitteilung des Senats vom 15. November 2011
(Drucksache 18/124)
7. Freibeiträge für Aufstocker/-innen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. November 2011
(Drucksache 18/131)
8. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen
Parlamentarische Kontrolle in Deputationen verbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2011
(Drucksache 18/140)
1. Lesung
9. Verlagerung der Deputationsassistenten von den Ressorts zur Bürgerschaftskanzlei
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Dezember 2011
(Drucksache 18/151)

Nr. 18/130

Fragestunde

1. Krankenhausplanung auf dem Abstellgleis?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. November 2011

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

2. EU plant massiven Verkehrsnetze-Ausbau – Mittel für das Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Frank Schildt, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. November 2011
3. Dienstkleidung für weibliche Polizeivollzugsbedienstete
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Erwin Knäpper, Wilhelm Hinners, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. November 2011
4. Fortsetzung Projekt BeLeM
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. November 2011
5. Deutschlandstipendium
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. November 2011
6. Europäisches Jahr des aktiven Alterns
Anfrage der Abgeordneten Dirk Schmidtman, Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. November 2011
7. Energie in Bürgerhand
Anfrage der Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. November 2011
8. Bilanz der Bremedia
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 30. November 2011
9. Deichbeirat Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 30. November 2011
10. Lösung für Lang-Lkw
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. November 2011
11. Aussageverbot für Ermittler statt Aufklärung des Naziterrors?
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 6. Dezember 2011
12. Etaterhöhung des Landesamts für Verfassungsschutz
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 6. Dezember 2011
13. Polizeinotruf per SMS
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2011

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 18/131

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 18/132

Schutz von landwirtschaftlichen Nutzflächen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 31. August 2011
(Drucksache 18/44)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. November 2011

(Drucksache 18/125)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/133

Einrichtung einer Stiftung „Sozialer Zusammenhalt“

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. November 2011
(Drucksache 18/86)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/134

Kostenlose Verhütungsmittel für Leistungsberechtigte

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. November 2011
(Drucksache 18/102)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. November 2011

(Drucksache 18/107)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt weiterhin das Engagement des Senats und aller anderen Akteure, die sich bundesweit dafür einsetzen, dass Hilfeempfänger/-innen und andere Geringverdiener/-innen wieder kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln erhalten. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, seine Bemühungen um eine bundeseinheitliche Lösung und die Wiedereinführung der Finanzierung von Verhütungsmitteln durch die gesetzlichen Krankenkassen intensiv fortzuführen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass in Bremen und Bremerhaven Arbeitsgruppen unter Beteiligung aller relevanten sozialen, karitativen und medizinischen Investitionen eingerichtet werden, um Verfahren und Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln, um betroffenen Männern und Frauen den Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln zu ermöglichen. Diese Arbeitsgemeinschaft wird aufgefordert, u. a. Vorschläge zu erarbeiten, welcher Personenkreis erfasst werden soll, wie dieser abgegrenzt werden kann, wie das Vergabeverfahren gestaltet werden soll, wie hoch die Kosten sind und wer sie trägt.

Nr. 18/135

Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2010

Bericht des Rechnungshofs
vom 31. August 2011
(Drucksache 18/42)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 18/136

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010 (Drs. 18/42)

vom 7. November 2011
(Drucksache 18/105)

Gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2010 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 18/137

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Mitteilung des Senats vom 29. November 2011
(Drucksache 18/144)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/138

Bremisches Gesetz zur Durchführung der Marktüberwachung von Bauprodukten (BremBauPMÜG)

Mitteilung des Senats vom 29. November 2011
(Drucksache 18/145)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/139

Erster Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV)

Mitteilung des Senats vom 29. November 2011
(Drucksache 18/146)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Entwurf des Ersten Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland und von der Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit der Länder bei der Glücksspielaufsicht nach § 9 Abs. 3, die ländereinheitlichen Verfahren nach § 9a und die Einrichtung des Fachbeirats nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Glücksspielstaatsvertrag – Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag Kenntnis.

Nr. 18/140

Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder (GKL-StV)

Mitteilung des Senats vom 29. November 2011
(Drucksache 18/147)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Entwurf des Staatsvertrags über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder sowie die Begründung zum Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie (GKL) der Länder und die Gründungssatzung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder Kenntnis.

Nr. 18/141

Wahl eines Mitglieds und zwei stellvertretender Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Krankenhauskeime“

Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Linda N e d d e r m a n n

anstelle der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum Mitglied und die Abgeordnete

Silvia S c h ö n

anstelle der Abgeordneten Doris Hoch und den Abgeordneten

Dirk S c h m i d t m a n n

anstelle der Abgeordneten Linda Neddermann zu stellvertretenden Mitgliedern des Untersuchungsausschusses „Krankenhauskeime“.

Nr. 18/142

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes, des Bremischen Wahlgesetzes und des Gesetzes über die Deputationen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 9. Dezember 2011

(Drucksache 18/160)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 18/143

Steuerliches Anreizsystem für energetische Gebäudesanierung unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 29. November 2011

(Drucksache 18/141)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/144

Nationales Aktionsprogramm zur Gebäudesanierung

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 13. Dezember 2011

(Drucksache 18/173)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine deutliche Erhöhung der Fördermittel und zinsvergünstigten Kredite zur energetischen Sanierung des Gebäudebestands einzusetzen;
2. bei der Konzipierung eines solchen Bundesprogrammes das Augenmerk darauf zu richten, dass bei der Förderung insbesondere die finanzielle Tragfähigkeit der Sanierungsmaßnahmen durch die Eigentümer von selbstgenutzten Immobilien berücksichtigt wird;
3. bei der Ausgestaltung der Förderprogramme mit darauf hinzuwirken, zusätzliche Belastungen für Mieterinnen und Mieter möglichst zu vermeiden, zumindest aber zu gewährleisten, dass Förderungen von umlagefähigen Kosten in Abzug gebracht werden.

Nr. 18/145

Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sicherstellen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. November 2011
(Drucksache 18/95)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 9. November 2011

(Drucksache 18/115)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich an der nationalen wie europäischen Willensbildung auf der Grundlage folgender Positionen zu beteiligen:

- a) Der Finanzrahmen der EU muss so ausgestaltet sein, dass eine angemessene Wahrnehmung der der Union zugewiesenen Aufgaben gewährleistet ist. Der von der Kommission vorgeschlagene Mehrjährige Finanzrahmen ist dafür die absolute Untergrenze.
- b) Die Prioritäten der europäischen Gemeinschaftspolitik müssen im Rahmen des EU-Haushalts berücksichtigt werden, die Verschiebung in einen „Schattenhaushalt“, wie bei den Mitteln für das auch in Bremen verankerte GMES-Programm, wird abgelehnt.
- c) Die EU muss wieder in die Lage versetzt werden, den Haushalt im Wesentlichen durch echte Eigenmittel zu finanzieren. Die Vorschläge der Kommission zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer anstelle der Beiträge der Mitgliedsstaaten gehen deshalb in die richtige Richtung.

Nr. 18/146

Städtebauförderung erhalten, sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Oktober 2011
(Drucksache 18/76)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. November 2011

(Drucksache 18/135)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/147

Bremer Drogenpolitik neu ausrichten: Enquete-Kommission einsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. November 2011
(Drucksache 18/84)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/148

Integriertes Flächen- und Marketingkonzept für die Windenergiebranche erstellen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. November 2011
(Drucksache 18/99)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

vom 13. Dezember 2011

(Drucksache 18/162)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, wie die für Unternehmen der Windenergieindustrie nutzbaren Flächen im Land Bremen über die kommunalen Grenzen hinweg einheitlich präsentiert und vermarktet werden können.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat zugleich auf, der Bürgerschaft (Landtag) ein integriertes Flächen- und Marketingkonzept für im Land Bremen zur Nutzung durch die Windenergieindustrie geeignete Areale bis zum Frühjahr 2012 vorzulegen.

